

Hintergrundtext zur Quelle: Die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914

„Friedensfreunde“:

Die deutsche Sozialdemokratie

Seit ihrer Gründung im Jahre 1863 (ADAV) verstand sich die deutsche Sozialdemokratie als eine Interessenvertretung der Arbeiterklasse, trat zugleich aber auch für die politischen, sozialen und kulturellen Freiheiten aller Menschen ein. Speziell setzte sie sich – was das Feld Krieg und Frieden angeht – gegen Militarismus im Innern und für Frieden und internationale Solidarität im Äußern ein. Ihre elementaren Grundsätze galten mithin für die Innen- wie auch für die Außenpolitik. Denn – so ihre Erkenntnis – die Strukturprinzipien des Kapitalismus galten immer auch international. Der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft konnte ihrer Meinung nach daher nur durch die international geeinte Arbeiterklasse Erfolgs versprechend bekämpft werden – so die Theorie. Das Motto: Kampf gegen die Feinde der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit galt nach innen und außen.

Im Gegensatz zu den pazifistischen Bewegungen lehnten die Sozialisten allerdings eine Landesverteidigung, mithin also auch militärische Auseinandersetzungen, nicht grundsätzlich ab. Eine „Vaterlandsverteidigung“ war erlaubt, allerdings nur dann, wenn sie der gerechten Selbstverteidigung diene, also wenn – auf Deutschland bezogen – die Freiheit und die Rechte eines angegriffenen Deutschlands auf dem Spiel stehen würden. Grundsätzlich vertrat die Partei allerdings konsequent antimilitaristische Vorstellungen und plädierte vordringlich für die Schlichtung aller internationalen Konflikte durch Schiedsgerichte. In der Sozialistischen Internationale, die dieser Überzeugung weltweit Nachdruck verleihen sollte, nahm sie seit 1889 eine führende Rolle ein.

Die Sozialdemokratie wünschte – um Krieg und Militarismus vorzubeugen – eine Integration des Militärs in die (zu demokratisierende) Gesellschaft und forderte dementsprechend statt eines stehenden Heeres ein Volksheer. Auf diese Weise wollte sie verhindern, dass das Militär ein Eigenleben führte und zur Unterdrückung der inneren Freiheit eingesetzt werden könne. In der (preußisch) deutschen Militärverfassung sah die Partei „eine der tragenden Säulen des freiheitsfeindlichen kapitalistischen Staates“ (Susanne Miller) und die entscheidende Grundlage für den gefährlichen deutschen Militarismus. Dieses System galt es zu überwinden. Nach innen wandten die Sozialisten sich daher strikt gegen die Militarisierung der Gesellschaft und vertraten Auffassungen von den inneren Strukturen des Militärs, die – überspitzt ausgedrückt – in manchem an das Konzept der „inneren Führung“ der Bundeswehr nach 1945 erinnern könnten.

Wegen dieser Grundvoraussetzungen lehnte die Partei die (aggressive) deutsche Außenpolitik konsequent ab. Sie setzte auf eine defensive Komponente, wollte vordringlich die friedliche Verständigung mit den Nachbarn und bekämpfte (fast) jede Form des Imperialismus. Nur durch eine Beseitigung des (internationalen und besonders des deutschen) Militarismus sah sie die Chance, Eroberungskriege verhindern zu können. Daher lehnte die Partei sowohl die massive Heeresvermehrung in der wilhelminischen Epoche wie auch die exorbitante Flottenrüstung der Tirpitzära ab.

Ob gewollt oder nicht konnte (und wollte?) sich die Sozialdemokratie – jenseits ihrer ideologischen Vorgaben, die den Internationalismus in den Vordergrund stellten – einem gewissen „Nationalisierungsprozess“ jedoch nicht entziehen. Obwohl in Vielem ausgegrenzt, fühlten sich viele Sozialisten – das galt nicht nur für Deutschland – mehr und mehr zugleich „international“ und „national“, manchmal sogar das Letztere in besonderem Maße. Das betraf sowohl die Basis als auch die Führung der Partei.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts setzte insofern ein deutlich erkennbarer Prozess von Anpassungstendenzen und „Nationalisierung“ ein, dessen Wirkungsmächtigkeit auf die Partei zu Beginn des Ersten Weltkrieges durchaus noch offen zu sein schien. „National“ oder „international“ hielten sich – so der Blick von außen – durchaus die Waage. Wahrscheinlich aber unterschätzte die europäische Arbeiterbewegung die Rolle des „Nationalen“ in allen Ländern. Das galt auch für die Sozialdemokraten in Deutschland: „Die deutschen Sozialdemokraten waren keine ‚vaterlandslosen Gesellen‘, sondern in Wahrheit demokratische Patrioten mit internationalistischer Gesinnung, was in konkreteren Konstellationen zu Problemen führen konnte“ (Bernd Faulenbach).

Von einer Begeisterung der Basis der Partei jedoch, in einen kommenden Krieg zu ziehen, konnte im Juli 1914 nicht die Rede sein. Es blieb allerdings umstritten, ob die Partei überhaupt den Krieg ablehnen konnte, und wenn ja, welche Mittel (etwa Massenstreik) die Partei einsetzen könnte (und wollte) um ihre Vorstellungen in der Innen- und Außenpolitik durchzusetzen und vor allem um einen künftigen Krieg zu verhindern. Soweit man das wissen kann, plädierte die Parteibasis jedoch dafür, alles zu tun (also auch die Mittel zur Kriegführung zu boykottieren), um einen Krieg unmöglich zu machen.

Genau dieser Aspekt ist ein wichtiger Streitpunkt in der Historiografie über die Sozialdemokratie.